

# **Bericht über die Menschenrechtslage in Kolumbien**

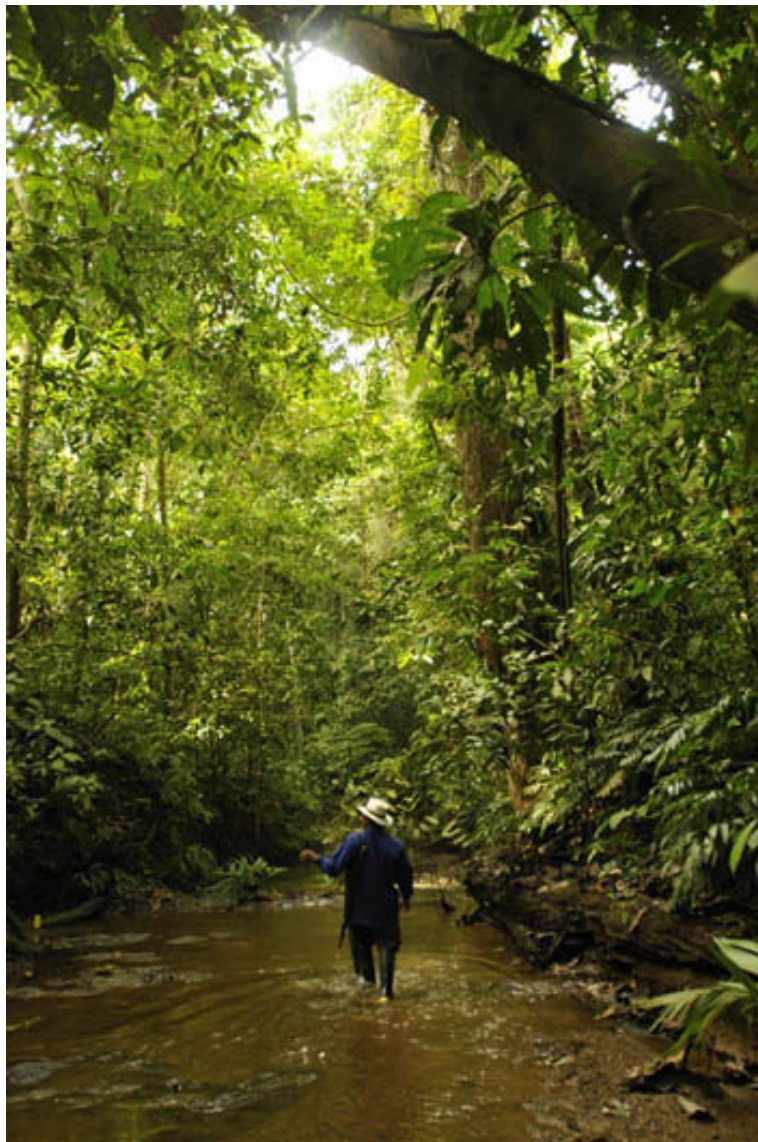
**2008-2013**

erstellt von internationalen Netzwerken und Nichtregierungsorganisationen  
für die

## **ALLGEMEINE REGELMÄSSIGE ÜBERPRÜFUNG**

beim Menschenrechtsrat der VN

**KOLUMBIEN 2013**



# Inhaltsverzeichnis

Zusammenarbeit mit Mechanismen und Instanzen der Vereinten Nationen .....	2
Bewaffneter Konflikt .....	2
Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit.....	4
Verschwinden-Lassen.....	4
Außergerichtliche Hinrichtungen .....	4
Gewaltsame Vertreibung .....	5
Gewalt gegen Frauen .....	5
Die Lage in den Gefängnissen.....	6
Justizverwaltung, der Kampf gegen die Straflosigkeit, Rechtsstaat .....	6
Umfassende, fortgesetzte Straflosigkeit.....	6
Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz.....	7
Das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und , Vereinigungsfreiheit und das Recht auf friedlichen Protest .....	9
Menschenrechtsverteidiger/innen .....	9
Journalist/innen.....	10
Gewerkschaftsmitglieder.....	10
Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen.....	11
Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.....	11
Indigene <sup>cxxxviii</sup> und afrokolumbianische Völker .....	12

# Allgemeine regelmäßige Überprüfung

## Kolumbien

### Zusammenarbeit mit Mechanismen und Instanzen der Vereinten Nationen

1. Seit der vorherigen allgemeinen regelmäßigen Überprüfung hat Kolumbien Ländervisiten mehrerer Vertreter/innen von VN-Sondermechanismen akzeptiert<sup>i</sup>. Dies wird begrüßt. Dennoch ist Kolumbien den meisten Empfehlungen der verschiedenen UNO-Mechanismen bisher nicht nachgekommen<sup>ii</sup>.
2. Es ist besorgniserregend, dass Kolumbien trotz der geltenden ständigen Einladung (*standing invitation*) die von verschiedenen Sonderverfahren gewünschten Besuche noch nicht zugelassen hat. Dies gilt insbesondere für die jeweils zweimal beantragten Visiten der VN-Arbeitsgruppe zu Söldnern sowie des Sonderberichterstatters für intern Vertriebene. Ebenso wenig wurde der VN-Sonderberater zur Verhinderung von Völkermord<sup>iii</sup> eingeladen, obwohl die Lage in Kolumbien diesbezüglich dramatisch ist.
3. Darüber hinaus wird zwar die kürzlich erfolgte Ratifizierung der Internationalen Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwinden-Lassen positiv bewertet, doch wäre es wichtig, dass Kolumbien die Zuständigkeit des Komitees gegen das Verschwinden-Lassen anerkennt, so dass umfangreichere Schutzfunktionen und eine direkte Beteiligung der Opfer möglich würden. Dasselbe gilt für Individualbeschwerden auf der Grundlage des Abkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD), des Abkommens zum Schutz der Wanderarbeiter (CMW) sowie der Anti-Folter-Konvention (CAT).
4. Höchst besorgniserregend sind die Äußerungen der kolumbianischen Außenministerin vom Juli 2011, in denen sie die Arbeit der VN-Stellen in Kolumbien in Frage stellte<sup>iv</sup>. Auch die Anzweiflungen des letzten Jahresberichts des VN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR)<sup>v</sup> durch die Regierung und die gegenwärtige Regierungsinitiative zum Aufbau eines nationalen Menschenrechtssystems geben Anlass zu ernsthafter Sorge in dem Sinne, dass damit versucht werden könnte, die Arbeit des OHCHR in Kolumbien zu ersetzen.

### Bewaffneter Konflikt

5. Die Anerkennung der Existenz des bewaffneten Konflikts durch die Regierung von Präsident Santos und die kürzlich angekündigte Aufnahme von Friedensgesprächen zwischen der Regierung und den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) werden begrüßt. Es ist wichtig, dass dieser Prozess auf einer soliden Grundlage der Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts aufgebaut wird und darauf ausgerichtet ist, die strukturellen Ursachen des Konflikts zu überwinden. Die Suche nach Mechanismen, die eine wirkliche Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherstellen – insbesondere der Opfer sowie der durch den Konflikt am stärksten unsichtbar gemachten gesellschaftlichen Gruppen – ist von grundlegender Bedeutung.

6. Nach wie vor werden schwere und systematische Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht durch alle bewaffneten Akteure des Konflikts (Guerilla, Paramilitärs und Sicherheitskräfte) registriert. In den Kampfgebieten hat sich der Konflikt verschärft. Dies schlägt sich in andauernden und massiven Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung durch die bewaffneten Akteure nieder, die damit versuchen, ihre geografische, soziale und politische Kontrolle über die betroffenen Gebiete zu stärken. Seit der angekündigten Aufnahme von Friedensgesprächen ist dort eine Verschärfung der Gewalt und der Auseinandersetzungen zu beobachten. Immer wieder werden Verstöße gegen die Grundsätze der Unterscheidung von Kombattanten und Zivilbevölkerung, der militärischen Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit registriert. Die zunehmende Militarisierung ist ursächlich für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht. Dies gilt insbesondere für die Konsolidierungszonen<sup>vi</sup>, in denen die Militarisierung mit einer Zunahme der Verstöße einhergegangen ist<sup>vii</sup>. Nach wie vor wird die Zivilbevölkerung durch Anschuldigungen, mit der einen oder anderen Seite zu kollaborieren, stigmatisiert und somit ungeheuren Risiken ausgesetzt<sup>viii</sup>.
7. Einige der führenden Köpfe der FARC sind in den letzten Jahren bei Kampfhandlungen getötet worden<sup>ix</sup>. Dennoch sind die Guerillagruppen der FARC und des Nationalen Befreiungsheeres (ELN) noch immer in weiten Teilen des Landes aktiv und üben Kontrolle über diese Gebiete sowie deren Bevölkerung und Ressourcen aus. Nach wie vor werden der Einsatz von Antipersonenminen und Zwangsrekrutierungen von Minderjährigen registriert<sup>x</sup>. Die Angriffe der Guerilla bringen für die Gemeinden unverändert Tod, Verletzte, Schrecken sowie Verluste an Nahrungsmitteln mit sich. Die Angst vor Zwangsrekrutierungen, die von der Guerilla als Vergeltung für die Präsenz von Militärtruppen vorgenommen werden, zwingt viele Jugendliche dazu, ihre Dörfer zu verlassen<sup>xi</sup>.
8. Die paramilitärischen Gruppen sind trotz ihrer angeblichen Demobilisierung weiterhin aktiv und begehen schwere und massive Menschenrechtsverletzungen. Sie bedienen sich der gleichen Methoden wie zuvor<sup>xii</sup>. Das OHCHR hat sogar darauf hingewiesen, dass *„die Anzahl der Massaker und Opfer, die diesen Gruppen zugeschrieben werden, weiter angestiegen ist“*<sup>xiii</sup>. Die Verbindungen zu den „demobilisierten“<sup>xiv</sup> Paramilitärs sind hierbei offensichtlich. Viele dieser Gruppen sind in den Drogenhandel und die rechtswidrige Aneignung von Naturressourcen verwickelt<sup>xv</sup>. Von 2008 bis 2011 hat sich ihre Präsenz von 259 auf 406 Gemeindebezirke ausgeweitet<sup>xvi</sup>.
9. Die paramilitärischen Gruppen unterhalten nach wie vor Beziehungen zu Behörden und Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte<sup>xvii</sup>, und dies trotz der Fortschritte, die bei den Ermittlungen gegen politische Vertreter und Staatsbedienstete wegen ihrer Verbindungen zu Paramilitärs erzielt worden sind<sup>xviii</sup>, insbesondere durch den Obersten Gerichtshof<sup>xix</sup>. Laut Human Rights Watch hat die kolumbianische Regierung *„nicht genügend Mittel für die Polizeieinheiten bereitgestellt, die solche Gruppen bekämpfen sollen, und ebenso wenig für die Staatsanwälte, die mit den Ermittlungen gegen eben diese Gruppen betraut sind. Auch hat sie praktisch nichts getan, um mögliche Verbindungen zwischen deren Nachfolgegruppierungen und Staatsvertretern bzw. Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte zu untersuchen bzw. zu unterbinden“*<sup>xx</sup>. Die kolumbianischen Behörden leugnen, dass die paramilitärischen Gruppen nach wie vor bestehen, und bezeichnen sie als „kriminelle Banden“; auch werden nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Verbrechen dieser Gruppen zu verhindern, zu untersuchen und zu bestrafen, so dass die Bevölkerung ihnen schutzlos ausgeliefert ist.

## Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit

### Verschwinden-Lassen

10. Nach wie vor ist das Verschwinden-Lassen eine systematische und gängige Praxis<sup>xxi</sup>. Laut OHCHR *“belieb sich bis Oktober (2011) die Gesamtzahl der Vermissten, die im Nationalen Register der Verschwundenen verzeichnet sind, auf 62.745 Personen”*, darunter 16.884 Fälle von gewaltsamem Verschwinden-Lassen. Bei diesem Verbrechen ist die Dunkelziffer sehr hoch. Zwischen Januar 2011 und Mai 2012 wurden insgesamt 240 neue Fälle von gewaltsamem Verschwinden-Lassen registriert<sup>xxii</sup>. 2010 wurden 150 Fälle dokumentiert. 97,89% der Fälle, bei denen die mutmaßlichen Täter ermittelt werden konnten (95 Opfer), fallen in die Verantwortung des Staates, sei es, weil die Verbrechen direkt von Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte verübt wurden (12 Opfer), oder aber die von Paramilitärs begangenen Verstöße von staatlicher Seite geduldet oder unterstützt wurden (81 Opfer). Den Guerillagruppen wurden 2,11% der Fälle von gewaltsamem Verschwinden-Lassen (2 Opfer) zur Last gelegt<sup>xxiii</sup>.
11. Wie das OHCHR aufgezeigt hat, ist die Straflosigkeit im Zusammenhang mit diesem Verbrechen *“beunruhigend”*, und der bestehende Rechtsrahmen hat die Beendigung dieses Phänomens bisher nicht zugelassen<sup>xxiv</sup>. Der geltende nationale Plan zur Suche von Verschwundenen besitzt nicht die nötige Rechtswirksamkeit. Auch wenn im Hinblick auf die Rechte der Opfer von gewaltsamem Verschwinden-Lassen auf Information und Beteiligung durch das Gesetz 1408/2010 einige Fortschritte erzielt wurden, ist bisher noch keine Durchführungsverordnung erlassen worden. Die Verunglimpfungen und Drohungen gegen Personen, die Fälle von gewaltsamem Verschwinden-Lassen zur Anzeige bringen, sind besorgniserregend<sup>xxv</sup>.

### Außergerichtliche Hinrichtungen

12. Zwar hat sich die Zahl der außergerichtlichen Hinrichtungen seit 2008 verringert, doch kommt es nach wie vor zu Fällen, bei denen die Verantwortung vermutlich bei den Streitkräften liegt<sup>xxvi</sup>. Von 2002 bis 2009 wurden 2.180 Verstöße gegen das Recht auf Leben registriert, bei denen unmittelbar Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte die Täter waren (1.877 außergerichtliche Hinrichtungen und 303 Fälle von gewaltsamem Verschwinden-Lassen)<sup>xxvii</sup>. 2011 wurden 38 außergerichtliche Hinrichtungen gemeldet, mutmaßlich verübt von staatlichen Sicherheitskräften<sup>xxviii</sup>.
13. Wie der Sonderberichterstatter für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen hervorhebt, geben die fortdauernde Straflosigkeit und die Tatsache, dass Offiziere für solche Taten nicht zur Verantwortung gezogen werden, Anlass zu größter Besorgnis. Von den 561 Fällen, die der Abteilung für Menschenrechte der Generalstaatsanwaltschaft zur Kenntnis gelangt und nach dem 29. Oktober 2008 eingetreten sind, endeten lediglich zwei (0,4%) mit einer Verurteilung<sup>xxix</sup>.
14. Direktiven, die den Mitgliedern der Streitkräfte Prämien versprechen, wenn sie Erfolge in Form von im Gefecht getöteten Personen präsentieren, sind weiterhin in Kraft, obwohl der Sonderberichterstatter deren Abschaffung empfohlen hat<sup>xxx</sup>. Die *„später erlassenen Verordnungen (...) legen demgegenüber Verteidigungsmechanismen fest, um die Militärs vor Beschuldigungen wegen solcher Vergehen zu schützen. Diese Verordnungen verletzen zudem nach wie vor die in den Bestimmungen des humanitären Völkerrechts verankerten Prinzipien der Unterscheidung, denn sie setzen die Zivilbevölkerung mit den Guerillagruppen gleich“*<sup>xxxi</sup>.

## Gewaltsame Vertreibung

15. Mit 3,9 bis 5,5 Millionen intern Vertriebenen<sup>xxxii</sup>, darunter 259.146 zusätzliche Fälle im Jahre 2011<sup>xxxiii</sup> – nach offiziellen Angaben 155.692<sup>xxxiv</sup> –, finden gewaltsame Vertreibungen weiterhin in massivem Umfang statt. Überdies ist für das Jahr 2011 ein Anstieg der Massenvertreibungen (d.h. solche, bei denen mehr als 10 Haushalte oder über 50 Personen betroffen sind) zu verzeichnen<sup>xxxv</sup>.
16. Die Regierung kündigt an, mit dem neuen *Gesetz zur Opferentschädigung und Landrückgabe in Kolumbien* (Gesetz 1448 vom 10. Juni 2011) den Opfern gewaltsamer Vertreibungen, die eine Rückgabe ihres Landes einfordern, den Rechtsanspruch auf ihren Landbesitz garantieren zu wollen. Doch weist das Gesetz zahlreiche Lücken auf<sup>xxxvi</sup>. Wenn es überdies nicht unparteiisch und unabhängig umgesetzt wird, könnte dieses Gesetz nach Aussagen des OHCHR die Betroffenen „erneut zu Opfern machen“, und es könnte „als Instrument dienen, um die Vertreibungen zu legalisieren, anstatt den Opfern Gerechtigkeit zu verschaffen“<sup>xxxvii</sup>.
17. Höchst besorgniserregend ist die fehlende Sicherheit für diejenigen Menschen, die die Prozesse zur Rückgabe des geraubten Landes anführen: Von 2006 bis 2011 wurden mindestens 71 führende Vertriebenen-Vertreter/innen ermordet<sup>xxxviii</sup>, darunter 28 im Jahr 2011<sup>xxxix</sup>. Außerdem wurden von 2007 bis März 2010 insgesamt 1.499 Vertriebene ermordet<sup>xl</sup>. Diese Zahlen machen deutlich, dass es kein wirksames Schutz- und Präventionssystem gibt.
18. Die Einrichtung einer Sonderabteilung für gewaltsame Vertreibungen und Verschwinden-Lassen bei der Generalstaatsanwaltschaft ist ein positiver Schritt. Dennoch bleibt der hohe Anteil der Straflosigkeit bei Verbrechen der Zwangsvertreibung weiterhin bestehen<sup>xli</sup>. Ebenso besorgniserregend sind die Verunglimpfungen der Opfer von Vertreibungen sowie ihrer Vertreter/innen durch die Behörden. Dies verstößt nicht nur gegen die Pflicht zu Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, sondern stellt die Legitimität ihrer Anliegen in Frage und setzt sie Repressalien seitens der bewaffneten Akteure aus<sup>xlii</sup>.
19. Angesichts fortgesetzter Vertreibung und der damit einhergehenden vielfältigen Menschenrechtsverletzungen hat das Verfassungsgericht 2011 die Verfassungswidrigkeit dieses Zustands bekräftigt<sup>xliii</sup>. Dies hatte sie bereits 2004 in ihrem Urteil T-025 festgestellt<sup>xliiv</sup>.
20. Darüber hinaus wurde ein bedeutender Teil der Bevölkerung durch den bewaffneten Konflikt gezwungen, das Land zu verlassen. So beläuft sich die Anzahl kolumbianischer Flüchtlinge auf dem amerikanischen Kontinent auf etwa 400.000 Personen<sup>xliv</sup>.

## Gewalt gegen Frauen

21. Sämtliche bewaffneten Akteure des internen bewaffneten Konflikts in Kolumbien setzen nach wie vor sexuelle Gewalt als Kriegs- und Terrorstrategie ein. Das Verfassungsgericht hat auf die direkte Verbindung zwischen Vertreibung und sexueller Gewalt hingewiesen: Die vertriebenen Frauen haben unverhältnismäßig unter den Folgen des bewaffneten Konflikts zu leiden. Dabei herrscht praktisch völlige Straflosigkeit<sup>xlvi</sup>. Von den 183 konkreten Fällen sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen, bei denen das Verfassungsgericht die Generalstaatsanwaltschaft zur Fortsetzung ihrer Ermittlungen aufgefordert hat (Beschluss 092 vom April 2008), „sind bisher lediglich vier vor Gericht gebracht worden“<sup>xlvii</sup>.
22. Die Gewalttaten gegen Frauen weisen eine enorm hohe Dunkelziffer auf<sup>xlviii</sup> und bleiben somit unerkannt. Im Jahr 2010 wurden 69.713 Fälle häuslicher Gewalt gegen Frauen,

128 geschlechtsspezifisch motivierte Morde an Frauen (2011 waren es 130<sup>xlix</sup>) und 16.916 Fälle von sexueller Gewalt<sup>l</sup> registriert. In den Bergbauregionen wird eine Zunahme sexueller Gewalt angezeigt<sup>li</sup>.

23. Wie die Sonderberichterstatteerin für Gewalt gegen Frauen unterstreicht<sup>lii</sup>, sind Menschenrechtsverteidigerinnen und insbesondere führende Vertreterinnen von Gemeinden sowie Frauen, die für Landrechte und die Rechte der indigenen Völker und ethnischen oder religiösen Minderheiten eintreten, Gewerkschafterinnen und LGBTI besonders gefährdet. Im ersten Halbjahr 2012 wurden 18 Menschenrechtsverteidigerinnen Opfer von Übergriffen (eine davon wurde ermordet, zwei erlitten sexuelle Übergriffe)<sup>liii</sup>.

## **Die Lage in den Gefängnissen**

24. Kennzeichnend für die kolumbianischen Gefängnisse sind eine kritische Überbelegung und mangelnder Zugang zu Rechten wie z.B. zur Gesundheitsversorgung. Am 31. Juli 2012 galten 31% der insgesamt 111.242 inhaftierten Personen (darunter 8.418 Frauen) lediglich als tatverdächtig (d.h. sie waren nicht verurteilt). Mehr als 66.900 Personen befinden sich wegen geringfügiger Vergehen in Haft, aber nur 564 Personen aufgrund von Verbrechen, die im Rahmen des Konflikts begangen wurden, wie Zwangsvertreibung, gewaltsames Verschwinden-Lassen, sexuelle Gewalt<sup>liv</sup>.
25. 120 der 142 Gefängnisse des Landes sind um durchschnittlich 47% und mit Spitzenwerten von bis zu 364%<sup>lv</sup> in mehr oder weniger starkem Ausmaß überbelegt. Das Gesundheitssystem für die Inhaftierten ist zusammengebrochen, und es gibt keinerlei medizinische Versorgung. Von Januar bis Juli 2012 starben 80 Häftlinge aufgrund von mangelnder medizinischer Versorgung<sup>lvi</sup>. Es wurden Tuberkulose- und Windpocken-Epidemien festgestellt, so dass die Besuchsrechte der Inhaftierten eingeschränkt werden mussten<sup>lvii</sup>. Auch gibt es keine Notfallpläne, beispielsweise im Falle von Bränden. 2012 verbrannten vier Menschen in den Gefängnissen<sup>lviii</sup>. In mehreren Strafanstalten gibt es keine durchgehende Trinkwasserversorgung<sup>lix</sup>.
26. Die Isolationshaft wird als Mittel gegen Gefangene eingesetzt und missbraucht<sup>lx</sup>, ebenso andere Formen der Folter und der grausamen, unmenschlichen und entwürdigenden Behandlung. Die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) hat deshalb die kolumbianische Regierung eindringlich aufgefordert, das Fakultativprotokoll gegen die Folter zu unterzeichnen<sup>lxi</sup>, jedoch bisher keinerlei Antwort erhalten. Ebenso werden Menschenrechtsorganisationen, die sich für die Rechte Inhaftierter einsetzen, durch Verweigerung des Zugangs zu den Gefängnissen an ihrer Arbeit gehindert<sup>lxii</sup>.

## **Justizverwaltung, der Kampf gegen die Straflosigkeit, Rechtsstaat**

### **Umfassende, fortgesetzte Straflosigkeit<sup>lxiii</sup>**

27. Wenngleich es seit 2008 eine Reihe wichtiger Urteile gegeben hat<sup>lxiv</sup> und das Gesetz 1448 zur Opferentschädigung und Landrückgabe aus dem Jahr 2011 als gewisser Fortschritt gewertet werden kann<sup>lxv</sup>, stellt die anhaltende Straflosigkeit bei fast allen begangenen Menschenrechtsverletzungen eine der größten Herausforderungen<sup>lxvi</sup> und zentralen Ursachen für die Fortsetzung der Gewalt dar.
28. Bis März 2012 waren 56.559 Personen offiziell "demobilisiert"<sup>lxvii</sup>. Davon nahmen etwa 3.600 das Gesetzes 975 aus dem Jahr 2005 in Anspruch. Bis Dezember 2011 wurden lediglich 6 Urteile verhängt<sup>lxviii</sup>. Was das Recht auf Wahrheit betrifft, so wurden zwar

Fortschritte erzielt<sup>lxi</sup>, doch bedeutete der bestehende Rechtsrahmen im Endergebnis eine de-facto-Amnestie für fast alle Demobilisierten. Darüber hinaus wurden die ohnehin geringen Möglichkeiten der Opfer, Gerechtigkeit zu erfahren, durch die Auslieferung von 29 Anführern der Paramilitärs an die USA seit Mai 2008 weiter eingeschränkt. Zusätzlich verschärft wird die Straflosigkeit durch das Gesetz 1424 aus dem Jahr 2010: Es sieht vor, dass die von Demobilisierten gelieferten Informationen „in keinem Fall als Beweis in einem Gerichtsverfahren gegen die betroffene Person verwendet werden dürfen“ (Artikel 40). Derzeit wird versucht, die Verfahren des Gesetzes für Gerechtigkeit und Frieden zu stärken (Reformvorhaben für das Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“) und auf Militärangehörige auszuweiten (Gesetz über Militärangehörige). Dadurch würde der Anspruch der Opfer auf Gerechtigkeit noch weiter beschnitten. Besonders besorgniserregend ist der Vorschlag, eine Priorisierung bei der Fallbearbeitung einzuführen und der Sondereinheit „Gerechtigkeit und Frieden“ der Staatsanwaltschaft eine bevorzugte Stellung gegenüber der ordentlichen Justiz einzuräumen.

29. Darüber hinaus beinhaltet die Verfassungsreform zur Transitionsjustiz (“Rechtsrahmen für den Frieden”, 19. Juni 2012)<sup>lxx</sup> die Möglichkeit einer Amnestie für Menschenrechtsverletzungen, die von den Akteuren des bewaffneten Konflikts (Guerillagruppen, Paramilitärs und Streitkräfte) begangen wurden. Mit der Priorisierung der Fälle besteht die Gefahr, dass selbst schwerste Verbrechen, wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit, unter eine Amnestie fallen<sup>lxxi</sup>. Auch erhält der Kongress die Befugnis, die Vollstreckung von gerichtlich verhängten Strafen gegen Guerilleros, Paramilitärs oder Angehörige der Streitkräfte bei Verurteilungen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder auch gegen nach internationalem Recht geschützte Personen auszusetzen oder bei solchen Verbrechen Begnadigungen auszusprechen.
30. Höchst besorgniserregend ist auch die laufende Reform zur Ausweitung der Militärgerichtsbarkeit<sup>lxxii</sup>. Dieser Vorstoß erfolgt just zu dem Zeitpunkt, als die Justiz gegen mehr als 12.000 Militärs ermittelt<sup>lxxiii</sup> und in einigen Fällen Urteile wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen verhängt hat. Dementsprechend wird von den Militärs starker Druck auf die Justiz ausgeübt<sup>lxxiv</sup>. Die Reform sieht überdies die Einrichtung einer Sondergerichtsbarkeit für Polizeikräfte vor. All dies geschieht, obwohl selbst derzeit nur in wenigen Fällen überhaupt Untersuchungen zur direkten Mitverantwortung des Staates durchgeführt werden, und auch bei diesen nur in Ausnahmefällen Ermittlungen gegen hochrangige Personen stattfinden<sup>lxxv</sup>.

## **Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz**

31. Nach wie vor werden Justizbeamte/innen sowie andere Personen, die zu Rechtsverfahren beitragen (Opfer, Zeugen und Anwälte), angegriffen, verunglimpft und ermordet. Ein besonders starker Druck besteht, wenn Fälle behandelt werden, in die Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte verwickelt sind. Ein Beispiel hierfür ist der Mord an Richterin Gloria Constanza Gaona im März 2011<sup>lxxvi</sup>. Zwischen Januar und April 2012 wurden 11 Anwälte ermordet<sup>lxxvii</sup>.
32. Die Äußerungen höchster Amtsträger, die Entscheidungen der Justiz immer wieder in Frage stellen, beeinträchtigen erheblich die Unabhängigkeit der Justiz und verschärfen die Risiken für diejenigen, die zu Rechtsverfahren beitragen. Anlass zu besonderer Besorgnis gab die Reaktion von Staatspräsident Santos auf das Urteil gegen Oberst i.R. Alfonso Plazas Vega (Justizpalast) wegen gewaltsamen Verschwinden-Lassens<sup>lxxviii</sup>. Santos äußerte sich abschätzig über das Urteil und erklärte, anstelle der Opfer müsse man eher die Armee um Verzeihung bitten<sup>lxxix</sup>.



33. Die Militärjustiz, die nicht über die nötige Unabhängigkeit verfügt, beansprucht nach wie vor die Zuständigkeit für Fälle von Menschenrechtsverletzungen. Dies gilt insbesondere für außergerichtliche Hinrichtungen, bei denen die Militärjustiz davon ausgeht, dass sie im Rahmen rechtmäßiger Operationen stattgefunden haben. Der VN-Sonderberichterstatter über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen<sup>lxxx</sup> weist darauf hin, dass es Beschwerden gibt, dass Militärrichter unter Druck gesetzt und schikaniert werden, wenn sie versuchen, solche Fälle an die zivile Justiz zu übertragen. Ebenso sind Militärangehörige, die in außergerichtliche Hinrichtungen verwickelt sind, Druck und Repressionen ausgesetzt, um sie zur Verweigerung der Aussage drängen<sup>lxxxii</sup>.
34. Hinter den laufenden Gesetzesreformen, die auf eine Ausdehnung des Zuständigkeitsbereichs der Militärjustiz (Ausweitung der Militärstraftgerichtsbarkeit, Einrichtung einer Sondergerichtsbarkeit für Polizeikräfte) und die Einrichtung einer Sonderbehörde zur juristischen Verteidigung des Staates (Dekret 4085 aus 2011) abzielen, und den Bestrebungen zur Beschränkung der Justiz in geheimdienstlichen Angelegenheiten<sup>lxxxiii</sup> steht allem Anschein nach die Absicht, den Staat und insbesondere die staatlichen Sicherheitskräfte gegen Anklagen wegen Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dies steht im Einklang mit Äußerungen höchster staatlicher Stellen (beispielsweise zu den Fällen „Justizpalast“ und „Mapiripán“<sup>lxxxiiii</sup>) und den Anschuldigungen von Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte, die sich über einen angeblichen, gegen sie gerichteten „Juristischen Krieg“ der Justiz und der Menschenrechtsorganisationen beklagen<sup>lxxxv</sup>.
35. In gleichem Sinne begrüßen wir zwar die Rücknahme der Verfassungsänderung zur Justizreform<sup>lxxxvi</sup>, doch war das diesbezügliche Verfahren sowohl seinem Inhalt nach als auch im Hinblick auf die Vorgehensweise ein klares Beispiel für die ständigen Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz: Die Reform sah Mechanismen vor, die es ermöglicht hätten, die Kompetenzen der Richter bei der Wahrnehmung gerichtlicher Aufgaben zu umgehen und/oder zu beschneiden. Kongressabgeordnete und sonstige Staatsbedienstete sollten bei Rechtsverstößen vor möglichen Ermittlungen und Strafen bewahrt werden. Die Unabhängigkeit des Generaldisziplinarstaatsanwalts wäre stark beeinträchtigt worden. Der Prozess zur Justizreform machte deutlich, wie fragil das Gleichgewicht der Staatsgewalten ist und wie Legislative und Exekutive Einfluss auf die Obersten Gerichte nehmen können: Ursprünglich war eine starke politische Kontrolle über die Obersten Gerichte vorgesehen<sup>lxxxvii</sup>. Mit der Einführung von für die amtierenden Richter vorteilhaften Regelungen kam es jedoch zu einem strategischen Kurswechsel<sup>lxxxviii</sup>. Die Obersten Gerichte, die in den vorangegangenen Monaten die Reform noch wegen der Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und Autonomie der Justiz abgelehnt hatten<sup>lxxxix</sup>, änderten ihre Haltung.
36. Das gesamte Verfahren hat bewiesen, dass die kolumbianische Regierung nach wie vor versucht, die Justiz und insbesondere den Obersten Gerichtshof zu schwächen<sup>lxxxix</sup>.
37. Mittlerweile wurde im Kongress ein neuer Vorschlag zur Verfassungsreform eingebracht. Danach soll der Generalstaatsanwalt nicht mehr vom Obersten Gerichtshof, sondern vom kolumbianischen Staatspräsidenten ernannt werden<sup>xc</sup>. Hierin zeigt sich, dass neue Initiativen dieselbe Zielrichtung verfolgen können wie die „gescheiterte“ Justizreform.

## Das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und das Recht auf friedlichen Protest

### **Menschenrechtsverteidiger/innen**

38. Obwohl die Regierung von Staatspräsident Santos einem Dialog offener gegenübersteht als die Vorgängerregierung, gibt die Zunahme der Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger/innen, Gewerkschaftsmitglieder, Journalist/innen sowie führende Vertreter/innen sozialer Bewegungen und Gemeinden und ebenso gegen deren Angehörige Anlass zu größter Sorge. Gleichermäßen besorgniserregend ist der mangelnde Fortschritt im Kampf gegen die strukturellen Ursachen solcher Übergriffe wie die Straflosigkeit und das Weiterbestehen paramilitärischer Gruppen (die oftmals bei Drohungen, Übergriffen und Morden nachweislich als Täter identifiziert werden).
39. Für 2012 stellte sich die Lage noch alarmierender dar als in den Vorjahren: Im ersten Halbjahr 2012 wurden 163 einzelne Übergriffe gegen Menschenrechtsverteidiger/innen registriert (darunter 81 Drohungen, 29 Morde, 3 Fälle von gewaltsamem Verschwinden-Lassen, 29 Anschläge, 17 willkürliche Verhaftungen und 1 Fall von sexueller Gewalt)<sup>xcv</sup>. Bereits 2011 wurde im Vergleich zu 2010 ein Anstieg der Angriffe um 36% beobachtet<sup>xcvi</sup>, 239 Einzelfälle wurden 2011 registriert (darunter 49 Morde und 6 Fälle von gewaltsamem Verschwinden-Lassen)<sup>xcvii</sup>. 50% der im Jahr 2011 registrierten Fälle gehen mutmaßlich auf das Konto paramilitärischer Gruppen, während bei 17% Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte und bei 4% Guerillagruppen die mutmaßlichen Täter sind. Bei 29% sind die Täter unbekannt. Besonders erschreckend sind die Angriffe gegen Personen, die direkt oder indirekt an Landrückgabeverfahren beteiligt sind<sup>xcviii</sup> oder sich für den Frieden einsetzen<sup>xcv</sup>.
40. Stigmatisierung ist nach wie vor ein bedeutender Risikofaktor. Als besonders schwerwiegend haben sich die Äußerungen im Zusammenhang mit dem Massaker von Mapiripán<sup>xcvi</sup> erwiesen. Ebenso besorgniserregend sind die wiederholten Verunglimpfungen von Menschenrechtsverteidiger/innen durch Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte<sup>xcvii</sup>. Bestimmungen, nach denen sich Staatsbedienstete jeglicher Form der Diffamierung von Menschenrechtsverteidiger/innen zu enthalten haben, werden offensichtlich nicht befolgt<sup>xcviii</sup>; auch wird die darin erneut festgelegte Verpflichtung nicht eingehalten, jede Art von Drohungen gegen Menschenrechtsverteidiger/innen zu untersuchen.
41. Die Diffamierungskampagnen gegen Menschenrechtsverteidiger/innen gehen weiter. Besonders betroffen sind diejenigen, die an Landrückgabeverfahren beteiligt sind und Regionen von großem wirtschaftlichen Interesse<sup>xcix</sup>. Einige dieser Kampagnen werden von ehemaligen kolumbianischen Staatsbediensteten angeführt bzw. unterstützt<sup>c</sup>.
42. Trotz wichtiger Änderungen im staatlichen Personenschutzprogramm<sup>ci</sup> haben die Reformen bisher kaum Wirkung gezeigt. Die Langsamkeit, mit der Risikobewertungen vorgenommen und bereits beschlossene Maßnahmen umgesetzt werden, ist erschreckend. Ebenso besorgniserregend sind die mangelnde Abstimmung der ergriffenen Maßnahmen mit den Betroffenen, das Defizit an klaren Kriterien bei der Risikobestimmung, das Fehlen eines wirklich differenzierten Ansatzes und kollektiver Maßnahmen sowie die Nichteinbeziehung von Familienangehörigen in die Schutzsysteme (besonders schwerwiegend wirkt sich dies im Falle der Menschenrechtsverteidigerinnen aus).
43. Menschenrechtsverteidiger/innen klagen nach wie vor über Beschattungen, Abhöraktionen und sonstige illegale, gegen sie gerichtete Maßnahmen durch die Geheimdienste<sup>cii</sup>. Es gibt Anlass zur Sorge, dass Beamte des ehemaligen Geheimdienstes DAS (Departamento

Administrativo de Seguridad) ohne vorherige generelle Überprüfung an andere Institutionen versetzt wurden: an die staatsanwaltschaftliche Ermittlungsbehörde CTI (Cuerpo Técnico de Investigación) (ca. 3.000 Beamte), die Nationalpolizei (ca. 4.000 Beamte) und sogar an die neu geschaffene Nationale Einrichtung für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen. Zwar sind Fortschritte bei der juristischen Aufarbeitung zu verzeichnen, doch hat eine durchgreifende Bereinigung der Geheimdienstarchive bis heute nicht stattgefunden. Auch sind laut Angaben des OHCHR bei der Umsetzung des neuen Geheimdienstgesetzes noch überaus schwierige Aufgaben zu bewältigen<sup>ciii</sup>.

44. Die genannten Aspekte gelten trotz der zahlreichen Empfehlungen, die diesbezüglich von verschiedenen Mechanismen der Vereinten Nationen und insbesondere im Rahmen der vorherigen regelmäßigen allgemeinen Überprüfung ausgesprochen wurden (Empfehlungen 41-53 und 55).

## Journalist/innen

45. Im Jahr 2011 wurden 130 Menschenrechtsverletzungen gegen 157 Journalist/innen registriert; dies ist die höchste Zahl in den vergangenen sechs Jahren. 2012 wurden allein in den ersten sechs Monaten bereits 85 Menschenrechtsverletzungen gegen 91 Journalist/innen erfasst - eine alarmierende Zunahme. Die Akteure, von denen 2011 die meisten Drohungen gegen die Presse ausgingen, waren Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte oder aber Politiker/innen bzw. Aktivist/innen politischer Parteien<sup>civ</sup>. Besonders besorgniserregend ist die Zunahme der Übergriffe illegaler bewaffneter Akteure. 2011 wurden 17 Angriffe von paramilitärischen Gruppen registriert (15% der Gesamtzahl der Fälle). Damit hat sich die Zahl solcher Fälle gegenüber 2010 fast verdoppelt. Nach wie vor herrscht dabei weitgehende Straflosigkeit: von 139 Morden, die zwischen 1977 und 2011 an Journalist/innen begangen wurden, gelten 57 (9 Fälle im Jahr 2011) als verjährt, und lediglich in 17 Fällen kam es zu einer Verurteilung (12% der Gesamtzahl der Fälle).

## Gewerkschaftsmitglieder

46. Mit 35 Morden im Jahr 2011 ist Kolumbien *„einmal mehr das weltweit gefährlichste Land für Gewerkschaftsmitglieder“*<sup>cv</sup>. Zwar ist die Zahl ermordeter Gewerkschafter/innen in den letzten Jahren zurückgegangen, doch *„haben seit 2007 die Drohungen zugenommen“*. Deshalb könnte es sich hierbei weniger um einen Rückgang der Gewalt handeln als vielmehr um *„einen Wandel in ihren Ausprägungsformen“*. Die Straflosigkeit bei Gewalttaten gegen Gewerkschaftsmitglieder ist weit verbreitet: In weniger als 10% der insgesamt über 2.900 Morde an Gewerkschaftsmitgliedern, die seit 1986 von der Nationalen Gewerkschaftsschule ENS (Escuela Nacional Sindical) angegeben wurden, ist es in Kolumbien zu Verurteilungen gekommen<sup>cv</sup>. Lediglich bei 25% dieser Fälle wurden die unmittelbaren Täter und bei 7,8% die Hintermänner ermittelt. 14% der Morde gehen vermutlich auf das Konto paramilitärischer Gruppen; 5,1% werden den Guerillagruppen zugeschrieben und 1,7% Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte<sup>cvii</sup>. Diese Bedingungen hindern die Menschen daran, einer Gewerkschaft beizutreten<sup>cviii</sup>, und sie bereiten den Boden für Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte.
47. Trotz der Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, der Versammlungsfreiheit und des Demonstrationsrechtes<sup>cix</sup> in der kolumbianischen Verfassung wird sozialer Protest weiterhin kriminalisiert. Nach wie vor kommt es zu willkürlichen gerichtlichen Verfolgungen und Festnahmen und sogar zu Massenverhaftungen. Besonders hervorzuheben ist die mangelnde Einhaltung eines rechtsstaatlichen Verfahrens und die Verwendung von Informationen des militärischen Geheimdienstes in den Gerichtsprozessen sowie von Zeugenaussagen Demobilisierter, die dafür oftmals bezahlt werden<sup>cx</sup>. Der Internationale

Gewerkschaftsbund (IGB) hat seinerseits von 16 inhaftierten Gewerkschaftern 2011 berichtet. Ermöglicht werden solche Vorgänge aufgrund von einigen uneindeutigen strafrechtlichen Bestimmungen und ihrer missbräuchlichen Anwendung durch Vertreter/innen der Justiz<sup>cxvi</sup>. Die Situation könnte sich mit der Umsetzung des neuen Gesetzes für Bürgersicherheit (Gesetz 1453 vom Juni 2011) zusätzlich verschärfen: Durch das genannte Gesetz werden verschiedenste Lebensbereiche der Bürger/innen unter das Strafrecht gestellt. So werden unter anderem Tatbestände wie die *„Störung von Amtshandlungen“* oder die *„Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung durch Versperrung öffentlicher Wege“* mit mehrjährigen Haftstrafen belegt. Auch gibt es immer wieder Berichte über Fälle von unverhältnismäßigem Gewalteinsatz zur Unterdrückung legitimer Proteste<sup>cxvii</sup>.

## **Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen**

48. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist in der kolumbianischen Gesetzgebung noch nicht verankert<sup>cxviii</sup>. Zwar wurde es 2009 vom Verfassungsgericht als Recht anerkannt<sup>cxix</sup>, jedoch nach wie vor weder von den Streitkräften noch von den untergeordneten Rechtsinstanzen eingehalten. Daraufhin hat das Verfassungsgericht<sup>cxv</sup> festgestellt, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu achten ist, auch wenn der Kongress noch keine Regelung dazu getroffen hat. Ebenso hat das Gericht das Verteidigungsministerium angewiesen, eine umfassende Aufklärungskampagne über dieses Recht durchzuführen<sup>cxvi</sup>. Nach den vorliegenden Informationen ist das Verteidigungsministerium dieser Aufforderung jedoch bis Juli 2012 nicht nachgekommen.
49. Demgegenüber hält die kolumbianische Armee mit ihren berüchtigten „Razzien“ an ihren illegalen Rekrutierungspraktiken fest<sup>cxvii</sup>, obwohl diese sowohl von der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu willkürlichen Verhaftungen<sup>cxviii</sup> als auch vom kolumbianischen Verfassungsgericht<sup>cxix</sup> als willkürliche Verhaftungen eingestuft worden sind.

## **Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte**

50. Die Lage im Hinblick auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ist in Kolumbien nach wie vor in jeder Hinsicht prekär. Seit der Überprüfung der Situation durch das Komitee der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im Jahr 2010 und dessen Empfehlungen<sup>cx</sup> wurde kein systematisches Monitoring vorgenommen. Ebenso wenig wurden geeignete staatliche Maßnahmen zur Überwindung von Armut, Ungleichheit und Krisen in Schlüsselbereichen entwickelt. Dies gilt z.B. für das Recht auf Nahrung, soziale Sicherheit, Arbeitnehmerrechte und Gesundheit.
51. Mit einem Gini-Koeffizienten von fast 0,56 (2010) gehört Kolumbien weltweit zu den Ländern mit der größten Ungleichheit<sup>cxxi</sup>. In den letzten 10 Jahren hat sich die Reichtums- und Einkommenskonzentration nicht wesentlich verändert. 37,2% der Bevölkerung (in ländlichen Gebieten 50,3%) gelten als arm, 16% als extrem arm (27,6% der Bevölkerung leben von weniger als 2 USD pro Tag)<sup>cxvii</sup>.
52. Im Hinblick auf das Recht auf Nahrung ist eine Zunahme der Haushalte festzustellen, deren Ernährungssicherheit gefährdet ist (42,7% im Jahr 2010 gegenüber 40,8 % im Jahre 2005<sup>cxviii</sup>). Besonders betroffen sind ländliche Haushalte (57,5%) sowie Haushalte der afrokolumbianischen Bevölkerung (56,4%)<sup>cxviii</sup>. Die Landkonzentration ist unverändert hoch: In Kolumbien entfallen auf 0,4% der Landbesitzer 62,6% der Anbaufläche<sup>cxv</sup>. 6 bis 10 Millionen Hektar Land wurden geraubt<sup>cxvii</sup>. Die Landrückgabepolitik der aktuellen Regierung enthält kein klares Konzept für eine Agrarreform, in die auch Bäuer/innen

einbezogen werden könnten, die nicht Opfer des internen bewaffneten Konflikts sind. Hinzu kommt, dass die Entwicklungspolitik ihre Schwerpunkte auf Bereiche wie Bergbau und Erdölförderung setzt. Damit wird der bäuerlichen, afrokolumbianischen und indigenen Bevölkerung der Zugang zu Land erschwert, so dass sich die bestehende Problematik weiter verschärfen könnte<sup>cxxvii</sup>.

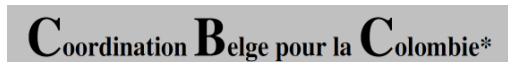
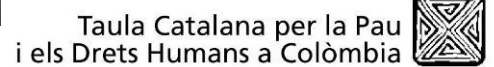
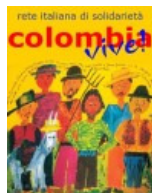
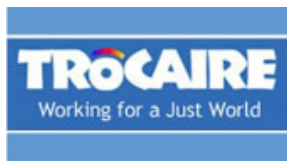
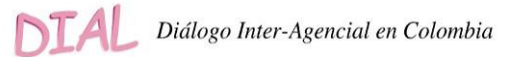
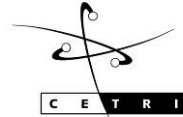
53. Das gegenwärtige System der Sozialversicherung<sup>cxxviii</sup> stützt sich auf eine Absicherung, die der Marktlogik gehorcht und der kolumbianischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit das Recht auf soziale Sicherheit nicht garantieren kann. Öffentliche Mittel sind privaten Akteuren zugeflossen, die „zu *Mittlern mit Aufgaben der Verwaltung, der Mitgliedergewinnung und der Bereitstellung von Sozialleistungen geworden sind*“<sup>cxxix</sup>. Neben der mangelnden staatlichen Kontrolle hat dies „*zunehmende Qualitätsprobleme*“, ein hohes Maß an Korruption und einen erschwerten Zugang zu Rechten zur Folge. Besonders betroffen sind einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Zwar ist die Beschäftigungsquote seit 2010 um 3,2% auf 58,8% gestiegen, doch arbeiten die meisten Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen: 43% der Erwerbstätigen arbeiten auf eigene Rechnung; davon sind 80% dem informellen Sektor zuzurechnen. Von diesen wiederum genießen 91% keinerlei sozialen Schutz<sup>cxxx</sup>.
54. Bezüglich des Rechts auf Gesundheit sind unter anderem eine Zunahme der Krankheits- und Sterblichkeitsrate durch übertragbare Krankheiten, niedrige Impfquoten, eine eingeschränkte Versorgung mit Medikamenten und deren geringe Qualität sowie wachsende Zugangsbarrieren und Kosten für die Bevölkerung im Hinblick auf Gesundheitsversorgung und Information<sup>cxxxi</sup> festzustellen. Kostensteigerungen und Korruption im Zusammenhang mit der Mittlertätigkeit privater Unternehmen sind ursächlich für die derzeitige schwere Krise, die das kolumbianische Gesundheitswesen an den Rand des Zusammenbruchs geführt hat<sup>cxxxii</sup>. Insolvenzen, Schließungen und Privatisierungen von Krankenhäusern sind die Folge<sup>cxxxiii</sup>. So schlugen beispielsweise im Mai 2012 die Krankenhäuser von Bogotá Alarm, weil sie unter den gegebenen Bedingungen innerhalb von 20 Tagen nicht mehr arbeitsfähig seien<sup>cxxxiv</sup>. Es gab Vorschläge von örtlichen Behörden, „*das öffentliche Versorgungsnetz in Bogotá (...) für bankrott zu erklären, die Verträge von 200 Mitarbeitern des staatlichen Versorgungsnetzes Metrosalud in Medellín aufzulösen oder die Haushaltsmittel für die öffentlichen Krankenhäuser (...) in Cali zu kürzen*“<sup>cxxxv</sup>. Die von der amtierenden Regierung vorgeschlagene Antwort - Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die privatwirtschaftlich organisierten Krankenkassen EPS (entidades promotoras de salud), die weitgehend für die Krise verantwortlich sind<sup>cxxxvi</sup> - und die Reformen<sup>cxxxvii</sup> können die Situation nicht entschärfen. Auch fällt auf, dass im Nationalen Entwicklungsplan keine Überprüfung des sozialen Sicherungssystems insgesamt vorgesehen ist.

## **Indigene<sup>cxxviii</sup> und afrokolumbianische Völker**

55. Die indigenen und afrokolumbianischen Völker sind nach wie vor Angriffen seitens der verschiedenen Akteure des bewaffneten Konflikts ausgesetzt. Hintergrund dieses Drucks auf ihre Territorien sind deren Reichtum an natürlichen Ressourcen und ihre geostrategische Bedeutung.
56. Mindestens 34 indigene Völker sind vom Aussterben bedroht<sup>cxxxix</sup>. Die kolumbianische Regierung hat die Verfügung 004 des Verfassungsgerichts, in der die Erarbeitung von „Schutzplänen“ und die Umsetzung eines Programms für Sicherheitsgarantien in Absprache mit den betroffenen indigenen Völkern vorgesehen ist, bisher nicht befolgt<sup>cxli</sup>. Zwischen 2010 und 2011 hat die Zahl der Morde an Angehörigen der indigenen Bevölkerung um 9% zugenommen<sup>cxlii</sup>. Von Januar bis Juli 2012 wurden 54 indigene

Personen ermordet<sup>cxlii</sup>. Die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gegen indigene Mädchen und Frauen hält an<sup>cxliii</sup>. Indigene Gemeinden berichten, dass sie keine Jagd betreiben können, so wie es ihrer Tradition entspricht, aus Angst, die Frauen allein zu lassen<sup>cxliv</sup>.

57. Nach wie vor sind Indigene sowie Afrokolumbianer/innen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung überdurchschnittlich oft Opfer von Vertreibung<sup>cxlv</sup>. Das Verfassungsgericht<sup>cxlvi</sup> (Verfügung 005/09) hat verschiedene gesamtgesellschaftliche Faktoren dafür verantwortlich gemacht: strukturelle Ausgrenzung, Bedrängung durch Megaprojekte im Bergbau- und Agrarbereich sowie mangelnder rechtlicher Schutz für die kollektiven Territorien. Von Januar bis Juni 2012 kam es nach einem Bericht der Nationalen Organisation der indigenen Völker Kolumbiens (Organización Nacional Indígena de Colombia, ONIC) zu 24 Massenvertreibungen indigener Bevölkerung mit insgesamt 8.845 Vertriebenen (darunter 3.275 in Chocó und 3.036 in Cauca). Ursache dafür waren *„Kämpfe zwischen den staatlichen Sicherheitskräften und aufständischen bewaffneten Gruppen, Gewaltakte paramilitärischer Gruppen, Bombardierungen, nicht geräumte Antipersonenminen und Blindgänger, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Stigmatisierung und bewaffnete Überfälle“*<sup>cxlvii</sup>. Der kolumbianische Staat hat keine der vom Verfassungsgericht 2009 angeordneten Vorbeugungs-, Schutz- und Fürsorgemaßnahmen für die von Zwangsvertreibungen betroffene afrokolumbianische Bevölkerung umgesetzt<sup>cxlviii, cxlix</sup>. Die Feststellung des Gerichts, nach der *„vorrangige Grundrechte nach wie vor in massiver und fortgesetzter Form ignoriert werden“*, hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren: Nach Angaben des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Corte Interamericana de Derechos Humanos, CIDH) leiden 30% der afrokolumbianischen Bevölkerung unter den Folgen der Vertreibung<sup>cl</sup>, und 96,4% der afrokolumbianischen Vertriebenen leben unter der Armutsgrenze<sup>cli</sup>. Auch hat der kolumbianische Staat die Empfehlungen der Vereinten Nationen im Hinblick auf die dramatische Lage der afrokolumbianischen Völker nicht umgesetzt<sup>clii</sup>.
58. Die Megaprojekte (Bergbau, Infrastruktur etc.) konzentrieren sich stark auf die Territorien der indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden<sup>cliii</sup>. Seit 2005 wurde bei keinem einzigen Bergbauprojekt ein ordnungsgemäßes Verfahren zur vorherigen freien und informierten Befragung durchgeführt. Jedoch hat die Zahl der Erkundungsgenehmigungen für Bergbaulizenzen um 300% zugenommen. In diesem Sinne gibt das kürzlich erfolgte Urteil des Verfassungsgerichts (C-317/12 vom 3. Mai 2012) Anlass zur Besorgnis. Darin wird der betroffenen Bevölkerung das Recht auf vorherige Befragung über das Gesetzesvorhaben 05/2011 zur Einführung des Allgemeinen Systems zur Regelung von Förderabgaben (Royalties) abgesprochen. Die in die Territorien der indigenen und afrokolumbianischen Völker vordringenden Megaprojekte verschärfen auch deren sozioökonomische Lage: immer weniger landwirtschaftlich nutzbare Fläche steht zur Verfügung; der Einsatz von Spritzmitteln und die mit zunehmender Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und des Bodens einhergehende Umweltverschmutzung beeinträchtigen den landwirtschaftlichen Anbau, so dass die Ernährungssicherheit der betroffenen Bevölkerung zunehmend gefährdet ist<sup>cliv</sup>. 70% der indigenen Kinder sind chronisch unterernährt<sup>clv</sup>, und allein für den Zeitraum von Januar bis Juli 2012 berichtet die ONIC von 15 Todesfällen bei Kindern aufgrund mangelnder Ernährungssicherheit oder fehlender medizinischer Versorgung<sup>clvi</sup>. Die afrokolumbianische Bevölkerung lebt in extremer Armut: Die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse ist in 80% der Fälle nicht gewährleistet; die Mütter- und Kindersterblichkeitsrate ist doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt<sup>clvii</sup>. Zwar gibt es gewisse Bemühungen von lokalen Behörden, wie z.B. in Casanare<sup>clviii</sup>, doch bietet die Bereitstellung von Nahrungsmittelhilfen keine langfristige Lösung. Ebenso dramatisch ist die Lage im Bildungsbereich: Bei der afrokolumbianischen Bevölkerung beträgt die Analphabetenquote 17,9%, bei der indigenen Bevölkerung 14,4%, gegenüber einem Landesdurchschnitt von 6,3%<sup>clix</sup>.



## Unterzeichner-Organisationen

- ABColombia
- ask! – arbeitsgruppe schweiz-kolumbien
- Asociación Paz con Dignidad - Spanien
- BMI - Bethlehem Mission Immensee
- Brot für die Welt
- Caritas Norway
- CCFD - Comité Catholique contre la Faim et pour le Développement - Terre Solidaire
- CETRI - Centro tricontinental
- Church of Sweden
- Civis - Asociación Civis
- CNCD-11.11.11
- Cooperaccio
- Cordaid
- Diakonie Schweden
- DIAL - Diálogo Interagencial en Colombia
- Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen
- FOKUS – Forum for Women and Development
- FOS - Socialistische Solidariteit
- ISI - Iniciativa Solidaria Internacionalista
- Justicia por Colombia
- kolko - Menschenrechte für Kolumbien e.V.
- Kommission Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Deutschen Franziskanerprovinz
- Lutherischer Weltbund
- Misereor
- MMM - Mensen met een Missie
- OIDHACO - Oficina Internacional de Derechos Humanos - Acción Colombia
- OMCT - Organisation Mondiale Contre la Torture
- PBI Colombia - Peace Brigades International
- Rete Italiana di Solidarieta Colombia Vive!
- RIDH - Red Internacional de Derechos Humanos
- SOLSOC - Solidarité Socialiste
- SweFOR - The Swedish Fellowship Of Reconciliation
- SWISSAID
- The Swedish Foundation for Human Rights
- Trocaire
- WOLA - Washington Office on Latin America



---

## Fußnoten

<sup>i</sup> Rapporteurs on extrajudicial executions, indigenous peoples, human rights defenders, independence of judges and lawyers, independent expert on minority issues

<sup>ii</sup> This is reflected, for example, in the first recommendation of the various annual reports of the OHCHR in which “*The High Commissioner reiterates all her previous recommendations that have not been completely implemented and urges the Government of Colombia to strengthen the implementation of international recommendations, in order to contribute to the full enjoyment of all rights.*” (§ 117, Report of January 31, 2012, A/HRC/19/21/Add.3).

<sup>iii</sup> In accordance with the recommendation of the Special Rapporteur on the situation of human rights and fundamental freedoms of indigenous people: “*The State is urged to invite the United Nations Special Adviser on the Prevention of Genocide to monitor the situation of the indigenous communities that, according to Decision 004 of the Constitutional Court, are under threat of cultural or physical extermination.*” (§ 64), Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights and fundamental freedoms of indigenous people, James Anaya, The situation of indigenous peoples in Colombia: follow up to the recommendations made by the former Special Rapporteur, May 25, 2010, A/HRC/15/37/Add.3

<sup>iv</sup> [El Tiempo, Contra la ONU, Columna de opinión](#). (*El Tiempo, Against the UN, Opinion*) These statements were made in the context of the discussion taking place in the Security Council of the United Nations on the monitoring mechanism for the forced recruitment of minors in conflict zones.

<sup>v</sup> The government denied the continuation of extrajudicial executions and illegal intelligence activities, identified in the report submitted in February 2012. ([El Tiempo, En cuatro zonas del país persisten los 'falsos positivos': ONU, 27 de febrero de 2012](#); [El Espectador, Gobierno pide a la ONU precisar sobre supuestos nuevos casos de 'chuzadas', 27 de febrero de 2012](#)) (*El Tiempo, 'false positives' persist in four areas of the country: UN, February 27, 2012, El Espectador, government asks UN to clarify on alleged new cases of wiretapping, February 27, 2012*).

<sup>vi</sup> Presidential Directive 001 on the Coordination of the National Government to implement the National Plan of Territorial Consolidation, issued March 20, 2009. It covers the following areas: Montes de María, Nudo de Paramillo (South of Córdoba), Buenaventura, Nariño, Sierra Nevada de Santa Marta, eastern Antioquia, Cordillera Central (South of Tolima and Valle), Macarena and Río Caguán.

<sup>vii</sup> “In the 86 CCAI zone municipalities 19 massacres were committed with a tragic toll of 92 people killed. 176 more were victims of selective killings. In addition 87 civilians were injured or killed in the course of hostilities. Another 81 civilians were wounded, maimed or killed by landmines. 15 people were kidnapped. 5 attacks were perpetrated and clandestine groups made at least 6 death threats against social organizations and human rights defenders ...” Codhes Informa: Boletín Informativo de la Consultoría para los Derechos humanos y el Desplazamiento Número 77, Bogotá 15 de febrero de 2011. ¿Consolidación de Qué? Informe sobre Desplazamiento, Conflicto Armado y Derechos Humanos en Colombia en 2010 - *Codhes Reports: Newsletter of the Consultancy for Human Rights and Displacement Number 77, Bogota February 15, 2011. What Consolidation? Report on Displacement, Armed Conflict and Human Rights in Colombia in 2010.*

<sup>viii</sup> [CINEP/ PPP, Armed conflict in Colombia in 2011. Special Report. June 2012](#)

<sup>ix</sup> As in the case of the highest commander of the FARC, Guillermo León Saenz Vargas, aka 'Alfonso Cano', who was killed during a military operation in November 2011.

<sup>x</sup> [Geneva Call, Annual Report 2011, August 2012](#)

<sup>xi</sup> Report of the National and International Campaign “For the Right to Defend Human Rights in Colombia”, July 2012.

<sup>xii</sup> [Human Rights Watch, Paramilitaries' Heirs: the new face of violence in Colombia, 2010.](#)

<sup>xiii</sup> Report of the High Commissioner of the United Nations for Human Rights on the situation of human rights in Colombia, January 31, 2012, A/HRC/19/21/Add 0.3

<sup>xiv</sup> The OHCHR report itself states that “The Police reported that 53 per cent of the members of these

---

groups who have been captured or killed to date were demobilized paramilitaries” (prec.)

<sup>xv</sup> [CINEP/ PPP, Armed conflict in Colombia in 2011. Special Report. June 2012](#)

<sup>xvi</sup> They are concentrated in particular in areas such as Montes de María, La Guajira, Bajo Cauca in Antioquia, Urabá, Pacific Coast, Catatumbo and the Eastern Plains [INDEPAZ – VII Informe sobre presencia de grupos paramilitares en el 2011](#) (INDEPAZ - VII Report on presence of paramilitary groups in 2011)

<sup>xvii</sup> In its 2012 report, the OHCHR said, “OHCHR-Colombia continues to be concerned about indications that these groups benefit from the collusion of some local authorities and members of security forces, due primarily to corruption, intimidation and threats. In May, agents of the Technical Investigation Unit and the Attorney General’s Office arrested 37 officials in Nuquí and Bahía Solano, Chocó, including members of the Police, the judicial system and local administrations, for collaborating with these groups.” (UNHCHR, prec.)

<sup>xviii</sup> OHCHR, Annual Report of the High Commissioner of the United Nations for Human Rights on the situation of human rights in Colombia, March 4, 2010, A/HRC/13/72.

<sup>xix</sup> In late 2011 the Supreme Court had opened more than 160 investigations and/or proceedings against members of Congress for para-politics (OHCHR Report 2012, prec.). The Court has played a key role in safeguarding democracy and the rule of law in Colombia, particularly with respect to the para-politics scandal. To date there are currently legal proceedings against some 38 members of Congress who face removal from office (Ibid.). This situation prompted attacks by other powers against the Supreme Court, and attempts to limit its jurisdiction (see section on justice reform).

<sup>xx</sup> [Human Rights Watch, Colombia - Herederos de los paramilitares: la nueva cara de la violencia en Colombia, 2010.](#)

<sup>xxi</sup> In this regard, see [United Nations Working Group on enforced or voluntary disappearances, February 13, 2012, A/HRC/19/58/Add.4](#) “enforced disappearance continues to be a persistent practice”.

<sup>xxii</sup> Figures from the Legal Institute of Forensic Medicine (Instituto Legal de Medicina Legal) for the period between January 2011 and May 22, 2012. In addition to the 240 people still missing, in the period of 48 others were reported as disappeared, of which 15 were found dead and 33 reappeared.

<sup>xxiii</sup> Ibid.

<sup>xxiv</sup> OHCHR report, 2012, prec.

<sup>xxv</sup> The Working Group on Enforced Disappearances expressed concern about this in their latest report on Colombia.

<sup>xxvi</sup> Both NGOs ([Colombian Commission of Jurists: Monitoring report on the recommendations of the Special Rapporteur on Extrajudicial, Summary or Arbitrary Executions, February 16, 2012](#)) and the United Nations (Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, Christof Heyns, Addendum, Follow-up country recommendations: Colombia, May 15, 2012, A/HRC/20/22/Add.2) confirm this trend. Suspected cases are reported in Arauca, Bogotá, Cauca and Cesar (OHCHR Report, January 31, 2012, prec.). See also Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, Philip Alston, 2010, A / HRC / / 14/24/Add.2

<sup>xxvii</sup> Colombian Commission of Jurists (Comisión Colombiana de Juristas - CCJ), Informe de seguimiento a las recomendaciones del Relator Especial sobre Ejecuciones Extrajudiciales, Sumarias o Arbitrarias (*Monitoring Report on the recommendations of the Special Rapporteur on Extrajudicial, Summary or Arbitrary Executions*) February 16, 2012.

<sup>xxviii</sup> CINEP/Programa por la paz, Banco de datos de derechos humanos y violencia política, (*Data base on human rights and political violence*) July-December 2011

<sup>xxix</sup> CCJ, prec.

<sup>xxx</sup> In particular, Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, prec. and recommendation 19 of the previous UPR - not accepted by the Colombian government.

<sup>xxxi</sup> CCJ, prec.

<sup>xxxii</sup> Data from respectively, Codhes and the Presidential Agency for Social Action and International Cooperation

(*Agencia Presidencial para la Acción Social y la Cooperación Internacional*)

<sup>xxxiii</sup> Consultoría para los Derechos Humanos y el Desplazamiento, Boletín No 79, (*Consultancy for Human*

---

*Rights and Displacement, Bulletin No 79*) Bogotá, Quito, March 2012. The 52.66% of the 142,963 people displaced by municipality of expulsion according to the Information System for the Displaced Population (SIPOD), come from the 86 municipalities in areas in which Centres for Coordination and Integrated Attention (CCAI) were initially defined, which represent 7.67% of the municipalities.

<sup>xxxiv</sup> Department of Social Prosperity (*Departamento de Prosperidad Social*), based on: Registry of Displaced Population, 2011

<sup>xxxv</sup> The government agency Social Action (*Acción Social*) reported 80 cases between January and early November 2011, in contrast to the 59 reported throughout 2010 (Department of Social Prosperity, based on: Registration of Displaced Persons, 2011)

<sup>xxxvi</sup> There are a number of constitutional challenges pending on various aspects of the 1448 law, for example on the exclusion of groups of victims.

<sup>xxxvii</sup> OHCHR Report, 2012, prec.

<sup>xxxviii</sup> Human Rights Ombudsman's Office, In Commemoration of the Day of Remembrance and Solidarity with Victims, the Ombudsman asked for investigations to be expedited and for those responsible to be punished, April 9, 2012.

<sup>xxxix</sup> These concerns were also expressed by Navi Pillay, United Nations High Commissioner for Human Rights at the meeting of the United Nations Human Rights Council in March 2012.

<sup>xl</sup> [Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in Colombia, A/HRC/16/22 February 3, 2011](#)

<sup>xli</sup> Auto 219 of 2011, Monitoring the actions taken by the national government for overcoming the unconstitutional state of affairs, declared by judgment T-025 of 2004. M.P.: Luis Ernesto Vargas Silva, Bogotá. October 13, 2011

<sup>xlii</sup> Case of Las Pavas: in December 2011, the prosecutor assigned to the case announced that the investigation into forced eviction had been filed because of fraud in the process. The Minister of the Interior later publicly referred to "regrettable" fraud. Subsequently, the Attorney General's office reopened the case and assigned a new prosecutor. However, these statements led to a major smear campaign in the press, encouraged the stigmatization of victims and organizations that accompany them.

<sup>xliii</sup> Auto 219 of 2011, Monitoring the actions taken by the national government for overcoming the unconstitutional state of affairs, declared by judgment T-025 of 2004. M.P.: Luis Ernesto Vargas Silva, Bogotá. October 13, 2011. The situation continues despite several follow-up Autos.

<sup>xliv</sup> Decision T-025 refers to the rights associated with humanitarian assistance, housing, income and land generation, prevention, non-repetition and truth, justice and reparation.

<sup>xlv</sup> [UNHCHR, Global trends 2011, A year of crises, 18 June 2012](#)

<sup>xlvi</sup> Margot Wallström, UN Special Representative on sexual violence in armed conflict, insisted after her visit to Colombia in May 2012, that "Colombia should increase its efforts to combat impunity for crimes of sexual violence."

<sup>xlvii</sup> Report of the Secretary-General on sexual violence related to conflict, January 13, 2012, A/66/657-S/2012/33

<sup>xlviii</sup> SISMA Mujer in [Feminicidio/femicidio - Realidad silenciada - Boletín de Mundubat \(Femicide, a silenced reality Mundubat Bulletin\) June 2012.](#)

<sup>xlix</sup> SISMA Mujer, based on the report of the National Institute of Legal Medicine and Forensic Sciences (INML) Forensis 2011. Comportamiento del homicidio (*Forensis 2011. Behaviour of murder*), Colombia 2011

<sup>l</sup> Ibid.

<sup>li</sup> Communiqué of Colombian organisations for the defence and promotion of the rights of women on the occasion of the visit of Ms. Wallström "La violencia sexual en el marco del conflicto no es algo inevitable, es y debe ser evitable" (Sexual violence in armed conflict is not inevitable, it is and should be avoidable), 26 May 2012

<sup>lii</sup> Report of the Special Rapporteur on violence against women, its causes and consequences, Rashida Manjoo, A/HRC/20/16, 23 de mayo de 2012

<sup>liii</sup> [Boletín trimestral del Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores de Derechos](#)

---

[Humanos en Colombia – SIADDHH, Agresiones contra Defensores y Defensoras de Derechos Humanos en Colombia, Enero – Marzo 2012](#) (SIADDHH, *Quarterly Bulletin on Attacks against Human Rights Defenders in Colombia, January-March 2012*), May 2012

<sup>liv</sup> Data presented by the Representative Iván Cepeda at a debate on politics monitoring in the House of Representatives on 15 August 2012.

<sup>lv</sup> Data presented by the INPEC at a debate on monitoring of politics in the House of Representatives on 15 September 2012.

<sup>lvi</sup> Situation denounced by the member of the Parliament Gloria Estela Díaz. See [Caracol, Ante crisis carcelaria, insisten al Gobierno en permitir comisión internacional de mediación, 17 August 2012](#).

<sup>lvii</sup> [El Espectador, Detectan dos casos de tuberculosis en cárcel La Modelo de Bogotá, 30 de agosto de 2012](#) ; [RCN Radio, En al menos 20 días, se prolongará restricción de visitas en Cárcel Modelo](#)

<sup>lviii</sup> [Caracol, Murió tercer preso que resultó quemado en incendio en cárcel de Bucaramanga, 19 September 2012](#) ; [El Herald, Recluso acuchillado y quemado había firmado pacto de convivencia, 11 September 2012](#)

<sup>lix</sup> See, among others: [Noticias Caracol, Cárcel de Valledupar, sin agua y a punto de cierre, 7 June 2012](#) ; [RCN Radio, Sin agua, la cárcel de La Mesa, 9 August 2012](#) ; [El País – Colombia, Cárcel de Jamundí sin agua potable, 20 July 2012](#) ; [Youtube - Noticias televisivas, Sin agua en 6 pabellones de cárcel el Pedregal de San Cristobal](#) ; [Caracol, Hay cárceles sin pisos y sin agua: Minjusticia, 20 September 2012](#)

<sup>lx</sup> [FSCPP, Muere preso en Guaduas luego de tres meses de aislamiento prolongado y fuertes golpizas como castigo impuestos por el INPEC, 12 July 2012](#)

<sup>lxi</sup> See OHCHR, annual report, 2012, prec.

<sup>lxii</sup> [El Espectador, Denuncian continuos bloqueos para entrar en las cárceles colombianas, 7 September 2012](#). Between June and September 2012, over 70 requests for visit to the prison were denied to the NGO Committee of Solidarity with Political Prisoners (Fundación Comité de Solidaridad con los Presos Políticos – FCSPP).

<sup>lxiii</sup> Related to recommendations 7, 26, 31, 39 and 41 of the UPR of 2008 recommending to tackle impunity, human rights violations and to ensure a genuine demobilization of paramilitary groups.

<sup>lxiv</sup> Among them the conviction of former Colonel Plazas Vega for forced disappearances and the judgment against former DAS director Jorge Noguera Cotes. These judgements were exemplary because they were made against senior officials from important state institutions: Plazas Vega for enforced disappearance in the case of the Palace of Justice and Noguera Cotes, former director of the DAS for aggravated conspiracy, the murder of Professor Alfredo Correa De Andreis, the destruction, suppression or concealment of public documents and the disclosure of restricted information, [Semana, Jorge Noguera, condenado a 25 años de cárcel](#) (Jorge Noguera, was sentenced to 25 years in prison), September 14, 2011.

<sup>lxv</sup> If it is implemented in an impartial and independent manner. However, as mentioned above, this law has structural problems. On this subject see Amnesty International, Colombia: The Victims and Land Restitution Law, an Amnesty International analysis, April 2012.

<sup>lxvi</sup> [“The most serious human rights problems were impunity and an inefficient judiciary, corruption, and societal discrimination. Impunity and an inefficient justice system subject to intimidation limited the state’s ability to prosecute effectively those accused of human rights abuses and to process former paramilitaries”](#). According to the Colombian Ministry of Justice, the probability of conviction in murder cases revolves around 3%. [Resumen ejecutivo, La impunidad en el sistema penal acusatorio en Colombia, por Sneider Rivera y Luis H. Barreto](#) (Executive Summary, *Impunity in the adversarial criminal justice system in Colombia*, by Luis Rivera and H. Sneider Barreto)

<sup>lxvii</sup> Between August 2002 and March 2012 the following data was recorded: individual paramilitary demobilizations: 3,747; mass paramilitary demobilization: 31,664; individual guerrilla demobilizations: 20,994; mass guerrilla demobilization: 154 ([Data from the Group on Humanitarian Assistance to the demobilized - Defense Ministry - Gahd and Office of the High Commissioner for Peace – Presidency in Verdad Abierta](#), April 3, 2012). The demobilizations were carried out using the legal framework (Decree 128 of 2003 and Law 975 of 2005 and its regulatory decrees) that granted legal benefits, among others.

---

Law 975/2005 is directed mainly towards paramilitary groups, but was also opened to the guerrilla.

<sup>lxviii</sup> OHCHR Report, 2012, prec. The current discussion on the reform of Law 975 also shows that, after seven years, this framework has not provided the announced results.

<sup>lxix</sup> As of January 2012, 3,610 mass graves had been found containing 4,462 bodies ([Verdad Abierta, estadísticas](#)), and the extent of paramilitary infiltration in the political administration of the country (para-politics) had been partially revealed. Informe 2011 de Unidad Nacional de Fiscalías para la Justicia y la Paz (2011 Report of the National Prosecution Unit for Justice and Peace).

<sup>lxx</sup> See [El Tiempo, Carta de Human Rights Watch \(HRW\) al Presidente y Congreso](#) (Letter from Human Rights Watch (HRW) to the President and Congress), May 1, 2012

<sup>lxxi</sup> “The present proposal focuses on the need for alternatives to criminal investigation, in order to make it feasible to prioritize the investigation of certain cases, or with the intention of forgoing the criminal prosecution of others” [Comisión Colombiana de Juristas \(CCJ\), Comentarios al proyecto de “marco jurídico para la paz”](#), Colombian Commission of Jurists (CCJ), Comments on the draft “framework for peace”, November 23, 2011

<sup>lxxii</sup> [Proyecto de acto legislativo n° 07 de 2011 de Senado](#): (Draft Legislative Act No. 07 of 2011, Senate): “It will be presumed that all cases are related to the service operations and procedures of the security forces. When these situations lead to criminal proceedings, these will be handled by the Military and Police Criminal Justice System”. This reform was promoted by the Government of President Santos, and initially included in the proposed constitutional justice reform and later in the proposed reform of the military code. At the beginning of June 2012, this reform had been approved in four of eight debates ([El Espectador, Fuero militar, a una vuelta](#) and [El Espectador, Aprueban reforma a Justicia Militar con cárceles especiales para uniformados](#) (Military jurisdiction, round one, and Military Justice Reform Passes with special prisons for soldiers) June 6, 2012

<sup>lxxiii</sup> [El Tiempo, Hay más de 12.000 militares empapelados con la justicia](#) (There are more than 12,000 soldiers under prosecution) May 26, 2012

<sup>lxxiv</sup> [Letter from the Corps of Generals and Admirals to President Santos, Bogota DC, October 19, 2011](#)

<sup>lxxv</sup> The Human Rights and IHL Unit of the FGN reported that, in February 2012, investigations were being carried out into killings attributed to state agents against 2,624 soldiers, 629 officials and 427 NCOs, investigations against sub-lieutenants, lieutenants, captains and majors being exceptional. There is only one against a colonel. (Human Rights Unit of the Attorney General's Office Memorandum No. UNDH-IHL 000669, of February 27, 2012).

<sup>lxxvi</sup> Judge Gloria Constanza Gaona was murdered on March 22, 2011 in Saravena, Arauca department. She was in charge of the case of the rape and murder of a girl and the murder of her two brothers, all three of whom were minors, by a second lieutenant in the Army. Strong pressure against the relatives of the children was also reported.

<sup>lxxvii</sup> The Colombia Caravana UK Lawyers Group, Newsletter, June 2012.

<sup>lxxviii</sup> Magistrates Court of Bogotá, January 2012 - judgment on appeal: the Court upheld the conviction of retired Colonel Plazas Vega Army and asked the defense minister and top military leaders to apologize to the community for the enforced disappearances during the storming of the Palace of Justice.

<sup>lxxix</sup> See [CCEEU - El perdón se le debe pedir a las víctimas, no a los victimarios, \(They should ask the victims for forgiveness, not the perpetrators\), February 6, 2012](#)

<sup>lxxx</sup> Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, Christof Heyns, Follow-up to the recommendations to Colombia, May 15, 2012, A/HRC/20/22/Add.2

<sup>lxxxii</sup> Ibid. By January 13, 2012, 486 cases of extrajudicial killings by government agents remained with the military justice system. These elements are contrary to recommendations 24, 25, 28, 29 and 30 of the previous UPR.

<sup>lxxxii</sup> Via the Law on intelligence and counterintelligence, adopted in June 2011 (Law No. 263/2011 of the Senate, No. 195/2011 of the House of Representatives), currently pending before the Constitutional Court for review before its approval by the President. Among other things, the law exempts officials from



---

the duty of reporting and the duty to testify (Article 39). While the law includes exceptions, it is unclear how they would be implemented. Furthermore, these exceptions to the unenforceability of the reservation to the judicial authorities (Article 34), such as the fact that they could jeopardize national security, leave ample room for interpretation that could detract from the unenforceable effect. These may be obstacles to justice.

<sup>lxxxiii</sup> President Santos said that “*There are dark economic interests that use that system, and make fun of it, to profit from the resources of the State*” [El Tiempo, Es aberrante situación que reveló la Fiscalía sobre Mapiripán: Santos](#). (*Aberrant situation in Mapiripán is revealed: Santos*) 27 October 2011. The Minister of Justice also made statements to the same effect. ([El Tiempo, "Hubo un evidente fraude procesal en caso de Mapiripán": Minjusticia, 26 de octubre de 2011](#) (*There was an obvious procedural fraud in the Mapiripán case*) Minjusticia, October 26, 2011.

<sup>lxxxiv</sup> [La guerra invisible. Los derechos humanos como arma de guerra y lucrativo negocio, Revista de las Fuerzas Armadas 218](#) (*The invisible war. Human rights as a weapon of war and lucrative business, Armed Forces Journal 218*) June 2011

<sup>lxxxv</sup> The reform was approved and immediately “shelved” by Congress in June 2012 after President Santos questioned its final version and convened the Congress to meet in special sessions.

<sup>lxxxvi</sup> To increase the power of the House of Representatives and to replace the Supreme Judicial Council currently responsible for disciplinary functions, for a National Judicial Administration (art. 18 and following) in which state executive members would also be present. [El Espectador, Senado aprueba reforma judicial con 'revolcón' a administración de Justicia](#), (*Senate approves judicial reform 'romp' to Administration of Justice*) May 10, 2012.

<sup>lxxxvii</sup> Emphasis was placed on the provisions relating to the mandate of the judges of the High Courts (extension of term of 8 years to 12 years and of the age for compulsory retirement from 65 to 70 years (Article 15)), by including the current judges as beneficiaries thereof (art. 15, § transient). Therefore the strategy was changed from one of confrontation to a co-optation of the High Courts. As one judge of the High Courts stated this reform was indeed “*a pact of favours*” ([Semana, Reforma a la Justicia, hecha a la medida \(Justice Reform, tailored to fit\) June 9, 2012](#).

<sup>lxxxviii</sup> In early May 2012, the State Council left discussions with the government and the Congress ([El Tiempo, Consejo de Estado explica por qué se retira del debate de la reforma](#) (*the State Council explains why it is leaving the reform debate*), May 9, 2012 and [El Espectador, Consejo de Estado confirmó su retiro definitivo del debate a la reforma a la justicia](#) (*State Council confirmed their definitive withdrawal from the debate on the justice reform*) May 9, 2012.

<sup>lxxxix</sup> At the time, the President of the Criminal Chamber of the Supreme Court stated that the government of Alvaro Uribe Velez “persecuted judges in order to discredit them”, and that the current government “undertook a legal campaign through constitutional reforms to dismantle the justice system”, [El Espectador, Dice el nuevo presidente de la Sala Penal de la Corte Suprema 'La batalla ahora es jurídica'](#) (*The new president of the Criminal Chamber of the Supreme Court says 'The battle is now a legal one'*), January 30, 2012. It is important to recall that the reform had been introduced by the government, and was backed by the same until the moment of its final approval. President Santos only questioned the final stage of the adoption of the reform and reiterated his support for the initial project, when many troubling aspects of the reform already existed at this late stage. The Minister of Justice had to resign a few days later because of the heated controversy that led to the reform, after congratulating the Congress for approving it.

<sup>xc</sup> [El Espectador, Presidente de la República quedaría facultado para elegir Fiscal General, \(President of the Republic would be entitled to elect Attorney General\) August 24, 2012](#)

<sup>xci</sup> Programa Somos Defensores, “Un camino solitario”, Colombia, July 2012.

<sup>xcii</sup> “2011: cada 8 días fue asesinado un defensor de derechos humanos en Colombia” (2011: Every 8 days a human rights defender was assassinated in Colombia), Programa Somos Defensores - March 2012

<sup>xciii</sup> Of these 239 aggressions, 77% were against men (185 cases) and 23% against women (51 cases).

<sup>xciv</sup> An emblematic case is that of communities of Jiguamiandó and Curbaradó where 45 leaders (“Continúan hostigamientos a líderes de tierras”, Comisión Intereclesial de Justicia y Paz – “*harassment*

---

*continues against land leaders*”, Inter-Church Justice and Peace Commission, April 4, 2012) and their families are under threat and where in March 2012 Manuel Ruiz and his son Samir were disappeared and murdered (“Asesinados el líder, reclamante de tierras Manuel Ruiz junto con su hijo”- “*Land claimant leader Manuel Ruiz is murdered together with his son*” – Inter Church Justice and Peace Commission, April 2, 2012)

<sup>xcv</sup> [Oidhaco: Serious attacks against human rights defenders and people struggling for peace](#), May 15, 2012

<sup>xcvi</sup> “Concerns about the stigmatisation and discrediting against CCAJAR and about doubts expressed over the credibility of the Inter American Human Rights System”, International Federation for Human Rights (FIDH) – World Organisation against Torture (OMCT), November 2011.

<sup>xcvii</sup> A significant example is the information posted on the [Colombian army website “las ONGs amigas de las FARC”](#), (“NGOs are FARC friendly”) in December 2009

<sup>xcviii</sup> Presidential Directives 07 and 09 of 1999 and Public Prosecutor’s Directive 012 of 2010.

<sup>xcix</sup> Examples are smear campaigns against the Inter Church Justice and Peace Commission (related to their work in the Jiguamiandó and Curbaradó river basins) and Father Javier Giraldo (formerly of the CIJyP and accompanier of the Peace Community of San José de Apartadó).

<sup>c</sup> This is the case for example of José Obdulio Gaviria (former advisor of former President Álvaro Uribe Vélez) and Fernando Londoño Hoyos (former Minister of the Interior)

<sup>ci</sup> Decrees 4912 and 4100 of 2011

<sup>cii</sup> See [Oidhaco: Serious attacks against human rights defenders and people struggling for peace](#), prec., [Oidhaco, March 2012: Deep increase of attacks against human rights defenders](#) and The Observatory, COLOMBIA: Luego de varias amenazas, la defensora de derechos humanos Jahel Quiroga Carrillo devuelve el esquema de protección personal (*After several threats, human rights defender Jahel Quiroga Carrillo returns personal protection scheme*) June 6, 2012

<sup>ciii</sup> OHCHR report, prec.

<sup>civ</sup> Foundation for Freedom of the Press (*Fundación para la Libertad de Prensa - FLIP*), “La censura en las regiones llegó para quedarse”, (*regional censorship is here to stay*) 2011 Report.

<sup>cv</sup> International Trade Union Confederation, June 2012

<sup>cvi</sup> [Human Rights Watch, World Report 2012](#)

<sup>cvii</sup> [Semana, Aumentan amenazas contra sindicalistas en Colombia: Pnud, \(threats increase against trade unionists in Colombia: UNDP\) March 12, 2012](#)

<sup>cviii</sup> The number of trade union members in Colombia is very low (600,000 workers representing 4% of total Colombian workers) and continues to decrease: about 400,000 workers left unions over the past 8 years (Letter from WOLA, SINTRAEMCALI, CUT and Senator A. Maya to the U.S. Congress, January 24, 2012).

<sup>cix</sup> Articles 20 and 37 of the Political Constitution of Colombia.

<sup>cx</sup> See cases of Carmelo Agamez (MOVICE Sucre), Carolina Rubio (FCSP), Príncipe Gabriel (FCSP), David Ravelo Crespo (CREDHOS), Winston Gallego (Sumapaz Foundation).

<sup>cxii</sup> The offenses of rioting, violence against public servants, conspiracy, terrorism or rebellion are those most used to neutralize complaints made by communities and organisations.

<sup>cxiii</sup> See for example the case of El Quimbo: on February 14, 2012, fishermen, organisations and individuals who are in permanent mobilization against the proposed construction of the El Quimbo hydroelectric dam in Huila Department, Southern Colombia, were violently evicted by the Mobile Anti-Riot Police Squadron (ESMAD) in a joint operation between the police and army. Three people were seriously injured, including Mr. Luis Carlos Trujillo, who lost an eye. [Fundación Territorios Por Vida Digna y Censat-Agua Viva – Amigos de la Tierra Colombia, El Esmad desaloja protesta contra el desvío del río en El Quimbo](#) (*Esmad evicts protest against the diversion of the river in El Quimbo*), February 14, 2012)

<sup>cxiiii</sup> This is contrary to R37 of the previous UPR, despite the debates and legislative efforts that have taken place: in mid-2012, a legislative bill on this issue was shelved (bill [246/2012 C](#), filed June 20, 2012 ) while

---

a draft statutory law was also shelved (bill [022/2011 C](#), removed and filed May 22, 2012)

<sup>cxiv</sup> Decision C-728/09, of October 14, 2009.

<sup>cxv</sup> Decision T-018 of 2011

<sup>cxvi</sup> The Constitutional Court, in a further attempt towards the recognition and respect of the right to conscientious objection, ordered the Ministry of Defense in “a term not exceeding four (4) months, to undertake a campaign to publicize decision C -728 2009 addressed to all members of the security forces, particularly those with responsibilities for recruitment for compulsory military service” (Decision T-018/12, Wilmar Dario Gallo Alcaraz v. Fourth Brigade and others, January 20, 2012). See also Decision T-357/12 (Nicanor Mendoza Monroy Vs Ministry of Defence and others) of 15 May 2012.

<sup>cxvii</sup> See, for example, [La Vanguardia, “Comandante del Batallón se refirió a verificaciones de libretas militares”](#) (*Battalion Commander checks referred to military cards*), March 11, 2012

<sup>cxviii</sup> Opinion No. 8/2008

<sup>cxix</sup> According to this “the practice of raids, with the aim of stopping young people in streets and public places who can not prove their military situation has no legal basis or argument” and “these imply arbitrary arrests prohibited by Article 28 of the Constitution”. It also noted that the procedure for checking the military situation of young people should lead to registration which initiates the recruitment process and not the violation of their rights”. (Case C-879/11, of 22 November 2011).

<sup>cxx</sup> Committee on Economic, Social and Cultural Rights (CESCR), Concluding Observations, Colombia, 21 May 2010, E/C.12/COL/CO/5

<sup>cxxi</sup> According to the [World Bank GINI index, period between 2006-2010](#)

<sup>cxxii</sup> [World Bank data](#). This situation contradicts recommendations 63 and 64 of the previous UPR on poverty reduction.

<sup>cxxiii</sup> ICBF. Encuesta Nacional de la Situación Nutricional en Colombia 2005 (*National Survey of the nutritional situation in Colombia 2005*). Bogotá. 2005. p: 335; ICBF. Encuesta Nacional de la Situación Nutricional en Colombia 2010. (*National Survey of the nutritional situation in Colombia 2010*), Bogotá. 2010. p: 382.

Ibid. Bogotá. 2005. p: 335; ICBF. Bogotá. 2001. p: 382.

<sup>cxxiv</sup> Ibid.

<sup>cxxv</sup> International Center for Transitional Justice (ICTJ) and Center of Law, Justice and Society Studies (*Centro de Estudios de Derecho, Justicia y Sociedad - DeJusticia*), Reparar en Colombia: los dilemas en contextos de conflicto, pobreza y exclusión, August 2009.

<sup>cxxvi</sup> According to Acción Social (*Social Action*) figures - project for land and heritage protection of the displaced population, 2005, the figure stands at 6.8 million hectares, while the figure is placed at 10 million according to the National Movement of Victims of State Crimes (MOVICE - Alternative Cadastre - strategy against impunity as a tool for reparation, 2007) in [Área de Memoria Histórica, Comisión Nacional de Reparación y Reconciliación, Línea de Investigación Tierra y Conflicto, El Despojo de Tierras y Territorios. Aproximación conceptual, julio de 2009](#) (*Historical Memory, National Commission for Reparation and Reconciliation, Land and Conflict Research, dispossession of lands and territories. Conceptual Approach*), July 2009

<sup>cxxvii</sup> [National Development Plan 2010-2014 - “Prosperidad para todos” \(Prosperity for all\)](#)

<sup>cxxviii</sup> Law 100 of December 23, 1993, and reforms of laws 1122 of January 2007 and 1438 of January 2011. Includes various components, including health, pensions, occupational hazards, etc.

<sup>cxxix</sup> National campaign - Health and social security, fundamental right - Eighth ballot: Raise your voice and vote for your rights!

<sup>cxxx</sup> National Union School (*Escuela Nacional Sindical*), de los indicadores de empleo en los dos años del gobierno Santos (*Balance of employment indicators in the two years of the Santos*), August 9, 2012.

<sup>cxxxi</sup> National Campaign, prec. In Judgment T-760/08 of 31 July 2008 the Constitutional Court “revealed the existence of general, severe and recurrent problems in the system of protection of the right to health, affecting the possibility of enjoyment by people in specific concrete situations”. And recently, an official investigation revealed the existence of agreements made by the Health Promotion Companies (EPS) to “deny the provision of health services” to “hide or distort information and prevent adequate



---

transparency in the health services market” and for price fixing. ([Carlos Pablo Márquez, Superintendente Delegado para la Promoción de la Competencia Informe motivado, Radicación No. 09-021413, 2011](#))

<sup>cxxxii</sup> The Constitutional Court stated in May 2012 “The system seems to collapse. (...) It is imperative that the country decisively addresses the redesign of the structure and a change in procedures designed to safeguard the right to health (... )”. Second follow-up hearing to Case 760, May 10, 2012 in Letter from Bogotá Hospitals to President Juan Manuel Santos, “Evidenciar la crisis de la salud y advertir de sus consecuencias, es una obligación y actitud responsable” (*To show the health crisis and warn of the consequences, is an obligation and responsibility*) - [SOS Hospitals in Bogota, May 2012](#).

<sup>cxxxiii</sup> National campaign – Health and social security, prec.

<sup>cxxxiv</sup> Hospitals in Bogota said that the debt of EPS with hospitals in Bogotá exceeds 260 million dollars, making it impossible to pay wages and benefits to workers and supplies to providers. Consequently, they reported that this forced them to discontinue providing health services at 20 days. (Letter from Bogota Hospitals, prec.)

<sup>cxxxv</sup> Given the measures taken by the national government to solve the crisis in health, social organisations created the National Alliance for a New Model of Health ([Alianza Nacional por un Nuevo Modelo de Salud, March 8, 2012](#))

<sup>cxxxvi</sup> Ibid.

<sup>cxxxvii</sup> See for instance creation of the “fundamental right” to economic macro-stability - Legislative Act 016/10, known as the “Fiscal Rule”.

<sup>cxxxviii</sup> R59, 60 and 61 of the previous UPR

<sup>cxxxix</sup> The National Indigenous Organisation of Colombia (*Organización Nacional Indígena de Colombia - ONIC*) has mapped 30 additional peoples, who are also at risk of extinction.

<sup>cxl</sup> One example of this is the case of the Awá people, one of the indigenous people most at risk of extinction, for which the Constitutional Court found that “the state response (...) had been merely formal” and concluded that the Colombian government had breached its constitutional duties (Auto 174, 2011)

<sup>cxli</sup> 8% according to oficial figures.

<sup>cxlii</sup> ONIC, Violaciones a Los Derechos Humanos e Infracciones al DIH Perpetradas Contra Los Pueblos Indígenas en Colombia (*Violations to Human Rights and Infractions of IHL committed against the Indigenous Peoples of Colombia*), Report January-July, 2012

<sup>cxliii</sup> 2011 began and ended with sexual violence against indigenous girls: a 13 year old Sikuaní girl was kidnapped and raped in January, and in December a 12 year old girl was the victim of sexual violence by paramilitaries. ([ONIC: Denouncing Sexual Violence against Women and Mother Earth, April 12, 2012](#))

<sup>cxliv</sup> Interview by ABColombia in June 2011 with members of the Awá People

<sup>cxlv</sup> Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights and fundamental freedoms of indigenous people, James Anaya, The situation of indigenous peoples in Colombia: follow up on the recommendations made by the previous Special Rapporteur, May 25, 2010, A / HRC/15/37/Add.3

<sup>cxlvi</sup> Auto 005/09

<sup>cxlvii</sup> ONIC, Violaciones a Los Derechos Humanos e Infracciones al DIH Perpetradas Contra Los Pueblos Indígenas en Colombia, (*Violations to Human Rights and Infractions of IHL committed against the Indigenous Peoples of Colombia*), Report January-July, 2012

<sup>cxlviii</sup> Working group of Afro-Colombian organisations (*Mesa de organizaciones afrocolombianas*), Informe de evaluación de la respuesta del gobierno nacional a las órdenes de protección de la población afrocolombiana, emitidas por la Corte Constitucional de Colombia en el Auto 005 de enero de 2009 (*Assessment Report of the national government's response to the orders for protection of the Afro-Colombian population issued by the Constitutional Court of Colombia in Auto 005 January 2009*), 2012

<sup>cxlix</sup> Auto 005/09 on “protection of the fundamental rights of the afro-descendent population victim of forced displacement in the context of overcoming the unconstitutional state of affairs declared in Judgement T-025/04”

<sup>cl</sup> 10% according to official figures; 22.5% in 2010 according to Codhes, 37% according to Global Rights

---

and AFRODES – Working group of Afro-Colombian organizations, prec.

<sup>cli</sup> Working group of Afro-Colombian organizations, prec.

<sup>clii</sup> Recommendations of the CERD, August 2009 and of UN independent expert Mac Dougall, 2011 – Working group of Afro-Colombian organizations, prec.

<sup>cliii</sup> [Observatorio Pacífico y Territorio \(OPT\), La minería en el pacífico colombiano](#) (Mining in the Colombian Pacific region)

<sup>cliv</sup> Working group on Indigenous Peoples, Indigenous Observatory DESC and Public Policy Development and Ethnic Rights (*Mesa Pueblos Indígenas, DESC y el Observatorio Indígena de Políticas Públicas de Desarrollo y Derechos Étnicos*), in ABColombia, *Caught in the Crossfire*, 2010

<sup>clv</sup> UNICEF in ONIC, “*sweet words, breath of life*” *Forging Paths for the Survival of Indigenous Peoples at risk of extinction in Colombia*, 2010, p.37.

<sup>clvi</sup> ONIC, Human rights violations and breaches of international humanitarian law committed against Indigenous Peoples in Colombia, Report between January and July 2012, p11

<sup>clvii</sup> Report of the UN independent expert on minority issues, Ms. Gay McDougall, Mission to Colombia, January 25, 2011, A/HRC/16/45/Add.1

<sup>clviii</sup> The commitment of “no child will die from lack of food and healthcare in Casanare”.

<sup>clix</sup> Working group of Afro-Colombian organizations, prec.